

Wien am 22.4.25

Betreff: Einreichung Policy Paper Momentum Kongress 2025

„Delogierungsprävention heute und morgen“

Die Wohnung zu verlieren, zwangsgeräumt zu werden führt bei betroffenen Personen zu einer Krise. Eigener Wohnraum bietet Schutz vor Gefahren, ebenso wie die Möglichkeit zum Rückzug oder zur gesellschaftlichen Teilhabe. Weite Teile des persönlichen Lebens (z.B. Kindergärten oder Arbeit) sind in und um Wohnräume organisiert. Gleichzeitig sind Delogierungen mit erheblichen Kosten für Betroffene, aber auch Vermieter*innen und den Sozialstaat verbunden. Entsprechend viele humanistische wie auch (volks)wirtschaftliche Gründe (Baumgarten et al., 2024; Grünhaus et al., 2024) Wohnungslosigkeit frühzeitig vorzubeugen und nicht erst zu reagieren wenn sie schon eingetreten ist.

Die britische Forscherin Suzanne Fitzpatrick und Kolleg*innen (2012) schlagen zur besseren Einordnung von Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit ein fünfstufiges, sequenzielles Flussmodell vor (siehe Abbildung 1). Die Systematisierung verdeutlicht das Potential für delogierungspräventive Maßnahmen, welche auch von Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus dem deutschsprachigen Raum geteilt wird (Heinrich und Sowa, 2025; Holm, 2022a,b; Kadi, 2015; Kadi et al., 2020; Verband Wiener Wohnungslosenhilfe, 2023) und etwa

- wohnpolitische, weitgehend dekommodifizierende Maßnahmen, die möglichst breiten Bevölkerungsgruppen zugutekommen,
- Fachstellen für Wohnungssicherung, die klassischerweise mit Delogierungsprävention assoziiert werden und sowohl in der frühzeitigen Prävention, der Prävention akuter Krisen und der Nachsorge zum Einsatz kommen (könnten) oder
- Programme frühzeitiger Prävention für Risikogruppen, wie Care Leaver, umfassen.



Abb. 1: Prävention von Obdachlosigkeit als Fluss (Fitzpatrick et al., 2012)

Trotz zahlreicher guter Gründe für und trotz des Potentials von Delogierungsprävention stiegen die Delogierungskennzahlen zuletzt rasant an (siehe Abbildung 2). Nach einem deutlichen Einbruch durch Maßnahmen im Zuge der COVID19-Pandemie, insb. dem Aussetzen der Delogierungen in unterschiedlichen Segmenten des Wohnungsmarktes, haben exekutierte Delogierungen wieder das vorpandemische Niveau erreicht und mancher Orts sogar übertroffen. Besonders bedenklich ist in diesem Kontext, dass Räumungsklagen und Kündigungen in fast allen Bundesländern dieses Niveau noch nicht erreicht haben. Diese Tatsache sowie der Umstand, dass es Steigerungen bei Delogierungen um die 10 % von 2023 auf 2024 gab, lassen für zukünftige Jahre eine weitere Steigerung annehmen – sofern es beim wohn- und sozialpolitischen Status Quo bleibt. Die Delogierungskennzahlen könnten dann eine Dimension erreichen, die im vergangenen Jahrzehnt (trotz erheblich nachteiliger Politik von Schwarz-Blau) unbekannt war.

Dies wirft natürlich die Frage auf: Was ist in den letzten Jahren geschehen, um Delogierungen zu verhindern? Dabei wird deutlich, dass sowohl im Bund als auch seitens der Stadt Wien viel Geld in die Hand genommen wurde. Der von der Volkshilfe Wien koordinierte, bundesweite Wohnschirm wurde ins Leben gerufen und ist mittlerweile mit über 200 Mio. Euro gefüllt. Die Stadt Wien hat etwa die sogenannte „Wohnungssicherung+“, welche die sehr viel bürokratischere und unsicherere (kein Rechtsanspruch) „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ zeitweise ersetzt, oder die Beratung für Care Leaver geschaffen.

Beide Instrumente, Wohnungssicherung + und Wohnschirm eint, dass sie rasche finanzielle Hilfe bei Mietzinsrückständen garantieren. Als „Krisenprävention“ haben beide sozialpolitischen Instrumente sicherlich schlimmeres verhindert. Allein der Wohnschirm Miete hat 2022/23 rund 7000 Haushalte vor der Wohnungslosigkeit bewahrt (Moussa-Lipp und Baumgarten, 2024). Für Beratungsstellen, die Wohnschirmanträge annehmen, gibt es Pauschalen pro genehmigten Antrag. Noch nie gab es ein derart reichweitenstarkes und dichtes Netz an wohnungssichernden Stellen. Eine weitere bedarfsorientierte Betreuung jener Personen, deren Wohnung gesichert wurde ist durch diese Pauschale jedoch nicht gedeckt. Die

Nachhaltigkeit des Instruments dürfte laut Programm der neuen Bundesregierung evaluiert werden. Somit ist sehr unklar, ob und unter welchen Bedingungen der Wohnschirm nach 2026 (aktuell Ende des Programms) fortgeführt wird. Die nun erstmals geschaffenen, bundesweiten Strukturen könnten somit in sich zusammenbrechen.

Gleichzeitig bleibt mit Blick auf das Flussdiagramm Fitzpatrick et al. (2012) festzuhalten, dass universelle Prävention weitgehend ausgeblieben ist. Anstatt mit Steuergeld die horrenden Mietzinssteigerungen von Vermieter*innen zu finanzieren und Delogierungen für manche Segmente „nur“ auszusetzen, sind wohnpolitische Maßnahmen wie breit wirksame Mietendeckel weitgehend ausgeblieben. Die Kombination aus großer Betroffenheit der Mietbevölkerung und subjektfinanzierten Pauschalen, statt Objektfinanzierung von Einrichtungen, verschiebt zudem den Fokus auf akute Krisen anstatt frühzeitiger Prävention.

Ausgehend von der Fragestellung „Was leistet unser Sozialstaat schon heute, wie sieht der Sozialstaat von morgen aus?“, werden der Status Quo der Delogierungsprävention in Österreich (mit Schwerpunkt Wien) vorgestellt und Überlegungen der Volkshilfe Wien zur Weiterentwicklung eben dieser im Kontext des Programms der neuen Bundesregierung diskutiert. Dazu wird auf Forderungen des Policy Papers „Wohnkrise bewältigen“ ebenso eingegangen wie auf internationale Beiträge eines von der Volkshilfe Wien zum Thema organisierten Fachtags (Juni 2025), mit Beteiligung aus Deutschland sowie Andreas Schieder als Leiter der sozialdemokratischen Fraktion Österreichs im europäischen Parlament.

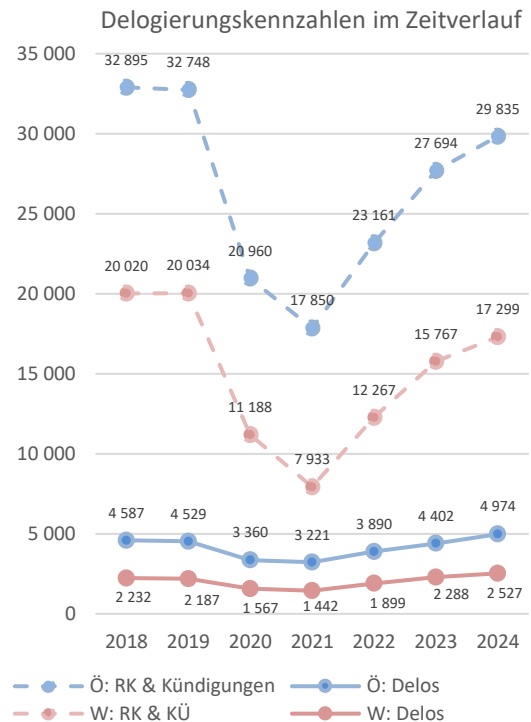


Abb. 2: Delogierungskennzahlen 2018-2024, Darstellung basierend auf Daten des Justizministeriums

Quellen

- Baumgarten, F. / Berger, E. / Lichtenberger, H. / Orner, M. / Staudinger, J. (2024): Wohnkrise bewältigen: Schlüsselstrategien der Volkshilfe für gesichertes Wohnen. Wien: Volkshilfe Österreich.
- Fitzpatrick, S. / Peter, M. / Wood, J. (2021): Advancing a Five-Stage Typology of Homelessness Prevention. *International Journal on Homelessness* 1(1): 79-97.
- Grünhaus, Ch. / Wankat, K. / Pfrendl, J. (2024): Studie zum gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen der Fachstelle für Wohnungssicherung Wien (FAWOS) mittels einer SROI-Analyse. Studienbericht. Wien: NPO & SE Kompetenzzentrum.
- Heinrich, M. / Sowa, F. (2025): Securing Housing. Wohnen, Wohnraumverluste und Wohnungslosigkeit in Nürnberg und Wien. Schriftenreihe „Prekäres Wohnen und Wohnungslosigkeit“, Band 9, Nürnberg: Ohm.
- Holm, A. (2022a): Objekt der Rendite. Zur Wohnungsfrage, oder: was Engels noch nicht wissen konnte. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Holm, A. (2022b): Projekte, Instrumente und Konzepte einer alternativen Wohnungspolitik. Neue Wohnungsgemeinnützigkeit, neue Genossenschaften und Wohnen als soziale Infrastruktur. In: *WSI Mitteilungen* 75(3), 243-250.
- Kadi, J. (2015): Re commodifying Housing in Formerly “Red” Vienna? *Housing, Theory and Society*, 32(3), 247–265.
- Kadi, J. / Banabak, S. / Plank, L. (2020): Die Rückkehr der Wohnungsfrage in Österreich. BEIGEWUM Factsheet VII. Wien: BEIGEWUM.
- Moussa-Lipp, S. / Baumgarten, F. (2024): Wohnungsnot und Delogierungswahnsinn. In: A&W Blog. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Soziales/Wohnungsnot-und-Delogierungswahnsinn>.
- Verband Wiener Wohnungslosenhilfe (2023): Ein Teil der Stadt? Jung und wohnungslos in Wien. Situationsbericht 2023: Wien.